

Anreden

Wir bedanken uns bei der Initiantin für den Anstoss und bei der Regierung für deren kurze Beantwortung.

Analog der Regierung sehen wir keine Notwendigkeit eines Berichtes. Die Antwort der Regierung auf einen weiteren Bericht zu verzichten ist gut begründet. Die entsprechende Dienststelle für Statistik bricht die alle fünf Jahre neu erhobenen nationalen Daten auf die kleinräumigere Struktur des Kantons Thurgau herunter. Die detaillierten kantonalen Daten sind damit jeweils rund ein Jahr später erhältlich. Es braucht keinen weiteren Bericht, der Thurgau ist hier gut aufgestellt.

Wir sind dennoch froh über den Antrag, da er aufzeigen kann, was aus Sicht der glp notwendig ist. Kein Bericht über die Demografie-Strategie, sondern konsequent weitere Schritte im Bereich kantonale und kommunale Digitalisierungsstrategie. Für die Datenanalyse sind in Zukunft weniger statische Berichte gefragt, sondern mehr die Verknüpfung von erfassten Datenbeständen. Das erlaubt kosteneffiziente Synergienutzung und dynamische, rasche Interpretationen von jegwelchen Entwicklungen. Idealerweise schliessen sich zwecks Synergienutzung mehr und mehr Gemeinden über kurz oder lang einem solchen Projekt an. Eine kantonale Digitalisierungsplattform ist keine Utopie, sondern notwendige Mission. Hier gibt es aber noch viel Umsetzungsluft nach oben.

Die Digitalisierung ist ein grünliberales Kernanliegen. Die glp fordert denn auch im eigenen Programm unter dem Titel Erfolgsprojekt 17 auf Nationaler Ebene eine schweizweite IT – und Datenstrategie. Der Kanton Thurgau kann hier mit privaten oder im Verbund geschaffener Initiativen wie Smarter Thurgau oder DigiCampus die eigene Digitalisierung auch als Standortvorteil vorantreiben.

Das Ziel ist, bereits erhobene Daten miteinander zu verbinden und zu vernetzen, sprich die kantonale Datenbasis von zentral relevanten Datensätzen so zur Verfügung zu stellen, dass damit Analysen für kantonale Ämter, kommunale Gebilde aber auch für die eigenen Daten diese dem jeweiligen Bürger, oder Unternehmen sowie der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Daten sind genügend vorhanden, aber nicht vernetzt, dadurch teuer und bei Mehrfacherfassung fehleranfällig. Ein toller und sinnvoller Service Public versucht dies zu vermeiden.

Die Daten könnten dann für eigene Zwecke von den Behörden genutzt, aber auch anonymisiert und Datenschutzkonform Dritten überlassen werden. Die Interpretation und Analysen der Daten muss dann nicht mehr von qualitativ guten, aufwendigen aber auch rasch veralteten Verwaltungs-Berichten abhängen, sondern dürfte ganz neue Berufsfelder bringen, wie beispielsweise eines Big Data Analysten welcher Gemeinden oder Privaten Entwicklungstendenzen auch aufzeigen kann. Der Staat muss nicht alles machen, aber die Plattform und den Datenschutz gewährleisten. Wir tun gut daran, dass wir dabei die Datenhoheit der eigenen Datensätze beim Bürger sicherstellen wie

auch dafür sorgen, dass der digitale Transformationsprozess in den Verwaltungsprozessen voranschreitet.

Als glp wollen wir die Chancen der Digitalisierung gerade auch in der Verwaltung stärker nutzen. Dies wie gesagt unter Berücksichtigung eines vernünftigen Datenschutzes und der grösstmöglichen Datenhoheit beim individuellen Bürger.

Fazit: Als glp Fraktion lehnen wir den Antrag eines Berichtes zur Demografie-Strategie unter Berücksichtigung der regierungsrätlichen Antwort **einstimmig** ab. Wir würden uns aber freuen, in wenigen Jahren dann laufend aktualisierte dynamische Demografie-Strategien für kleinräumige Strukturen selber interpretieren zu können.